

Susanne Kahl-Passoth
1. Berliner Armutskonferenz in der EKBO
am 12. Mai 2007 im Haus der Diakonie

„Öffne deinen Mund für die Stummen“

Zum „Wächteramt der Kirche“ aus diakonischer Sicht

I Zur Situation

Der Bundeswirtschaftsminister rechnet damit, dass die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende des kommenden Jahres um ca. eine Million sinken wird.

Der Bundesfinanzminister prognostiziert einen schnelleren Abbau des Defizits der öffentlichen Kassen.

Ursache dafür ist der anhaltende Wirtschaftsaufschwung, der zusätzliche Steuereinnahmen in Milliardenhöhe für die öffentlichen Kassen beschert.

Die Regierung habe die Wende geschafft, betonte der bereits erwähnte Bundeswirtschaftsminister. Der Bundesarbeitsminister sieht den Erfolg durch die Arbeitsmarktreform gegeben und die gute Vermittlung.

Wenn sie sich da beide mal nicht irren. Zum einen ist es die boomende Weltwirtschaft, die ihre Auswirkungen auch auf die deutsche Wirtschaft hat. Zum anderen soll es so etwas wie eine verstärkte Binnennachfrage geben. Es ist also eher der Verdienst der Wirtschaft, dass die Zahlen besser aussehen, in der Tat mehr Menschen in Arbeit gebracht werden können, was aber allein noch nichts sagt über die Art der Arbeit und die Bezahlung.

Es geht also aufwärts! Die Regierung freut sich. Worüber sie jetzt erst recht nicht redet, worüber sie aber hätte längst in aller Deutlichkeit reden sollen und sich dann auch hätte etwas dazu einfal-

len lassen sollen, ist die Tatsache, dass es so etwas wie Vollbeschäftigung nicht mehr geben wird.

Der Wirtschaftsaufschwung ist eine gute Gelegenheit, das peinliche Thema Armut in Deutschland darunter zu vergraben bzw. zumindest vorübergehend aus den Schlagzeilen heraus zu bekommen. Vorher hatte man sich von Seiten der Politik auf unterschiedliche Weise bemüht, die Armen möglichst selber für ihre Lage verantwortlich zu machen. Entweder hat man sie als Drückeberger angesehen, die einzig darauf aus sind, sich ihnen nicht zustehende Hartz IV-Leistungen zu erschleichen oder einen zu geringen Einsatz erbringen bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz oder die fehlende Bereitschaft zeigen, jede Arbeit anzunehmen usw.. Das ging so weit, dass es einen Politiker gab, der meinte, es läge am Haarschnitt, ob einer einen Job kriegt oder nicht... Ein anderer sprach vom kollektiven Freizeitpark, wiederum ein anderer wandte sich gegen ein Recht auf Faulheit. Gerade wir in Berlin können viele Beispiele nennen, wie Menschen unverschuldet ihren Arbeitsplatz verloren haben, von der Vernichtung von Industriearbeitsplätzen entweder durch Verlagerung der Arbeitsplätze in andere Länder, wo die Löhne niedriger sind oder durch generelle Schließungen.

Lange hatte man von Seiten der Politik nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass Armut ein Thema bei uns ist. Es waren die Wohlfahrtsverbände, die immer wieder daraufhin gewiesen haben, die ersten Berichte über das Vorkommen von Armut erstellen ließen. Als die so genannte Prekariatsdebatte begann, taten manche Politiker so, als ob Armut für sie nun etwas ganz Neues sei.

Die Zahl der von Armut betroffenen Menschen wird sich durch den Wirtschaftsaufschwung nicht groß verändern, denn die Langzeit-

arbeitslosen profitieren in der Regel nicht vom neuen Arbeitsplatzangebot. Entweder sind sie nicht qualifiziert genug, bzw. haben von der langen Zeit der Arbeitslosigkeit psychische und physische Schäden davon getragen. Eventuell können sie im Dienstleistungssektor unterkommen, müssen dort aber oft mit einer Bezahlung rechnen, die sie nicht aus ihrer Armutssituation herausbringt, die den Erhalt zusätzlicher Transferleistungen erforderlich machen.

Elf Millionen Menschen sind arm bzw. von Armut bedroht, ca. drei Millionen Haushalte sind überschuldet, nicht zu vergessen, die sieben Millionen, die auf Sozialhilfeniveau leben müssen, aus welchen Gründen auch immer.

Fehlende Arbeitsplätze gerade auch für gering Qualifizierte – im Übrigen auch für besser Qualifizierte –, der Umbau bzw. Abbau des Sozialstaates, die Folgen der Umsetzung der so genannten Hartz-Gesetze führten und führen zur Vergrößerung der Armut bis in die Mitte unserer Gesellschaft hinein.

II Zur EKD-Denkschrift

Mit dem Phänomen Armut und was präventiv dagegen zu tun sei, mit der Unterstützung von Menschen, die von Armut betroffen, damit beschäftigt sich die Denkschrift der EKD, die im Sommer letzten Jahres erschienen ist. Unter der Überschrift „Gerechte Teilhabe - Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ setzt man sich mit den strukturellen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, der Globalisierung, den Defiziten im Bildungsbereich vor dem Hintergrund biblisch-theologischer Grundlagen auseinander. Vielfältig sind schließlich die Anregungen in Richtung Staat, Wirtschaft, Diakonie und Kirchen. Dass es die Denkschrift gibt, ist kein Fehler, weil sie Gemeinden und auch Öffentlichkeit immerhin dazu motivieren

kann, sich mit dem Thema „Armut“ auseinanderzusetzen. Aber sie ist moderat. Gerade dort, wo ich erwartet hätte, dass sie sich auf die Seite der Armen stellt, versagt sie.

Das Thema soziale Gerechtigkeit, verstanden nun nicht mehr nur als Verteilungsgerechtigkeit, sondern zugleich als Teilhabegerechtigkeit, zu der die Menschen mit Hilfe von Bildung befähigt werden sollen, durchzieht die gesamte Denkschrift. „Teilhabegerechtigkeit“ und „Befähigungsgerechtigkeit“ rücken in den Vordergrund aktueller Diskussion. „Verteilungsgerechtigkeit“ wird mehr oder weniger als antiquiert beiseite geschoben. Aber: Nur wenn die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, hat „Beteiligungsgerechtigkeit eine Chance“ sonst bleibt sie verschleiende Wortspielerei!

Wir alle hier wissen um unsere Verantwortung als Christinnen und Christen, um unser Gewiesensein an die Armen, Kranken, Schwachen, Diskriminierten, um unsere Aufgabe, konkrete Hilfe zu leisten, sie zu befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, aus ihm etwas zu machen auch unter erschwerten Bedingungen. Suppenküchen, Kleiderkeller, Ausgabestellen von Lebensmitteln, Schuldnerberatung, Soziale Beratung sind Angebote der Diakonie, die entweder in zu geringem Maße oder gar nicht aus öffentlichen Kassen bezahlt werden, vielfach durch das freiwillige Engagement von Menschen aus den Gemeinden in Gang gehalten werden.

Die Leere der öffentlichen Kassen, der Wettbewerb auf dem Sozial- und Gesundheitsmarkt zwingt viele Einrichtungen und Träger diakonischer Arbeit zu sparsamster Haushaltsführung, zur Setzung von Prioritäten. Nicht viele sind in der Lage, Projekte zu initiieren und zu fördern, die keinerlei Finanzierung aus öffentlichen Kassen

oder zumindest Zuschüsse erhalten – eine Situation, mit der sich die Diakonie angesichts ihrer christlichen Grundlagen noch intensiver wird auseinandersetzen müssen.

Die gesellschaftliche Situation bleibt also eine Herausforderung für uns als Diakonie. Es muss uns noch mehr einfallen, um den sich weiter ausbreitenden sozialen Problemen etwas entgegen zu setzen. Vor allem müssen wir Ideen haben und umsetzen, wie wir die Hilfe zur Selbsthilfe weiter entwickeln und verstärken können, wie wir dazu beitragen können, dass Langzeitarbeitslose Räume und Möglichkeiten erhalten und auch nutzen, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen einzubringen und damit das Gefühl haben, dass ihr Leben einen Sinn hat auch ohne einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Nach biblischem Verständnis nehmen die Armen und die, die Gewalt leiden, in der sozialen Hierarchie einer Gesellschaft die höchste Position ein: Welche Prioritäten darüber hinaus auch diskutiert, welche wirtschaftlichen Optionen auch immer verfolgt werden mögen, an allererster Stelle haben sie einen Anspruch darauf, als Kinder Gottes ein Leben in Freiheit und Würde zu führen. Und dazu gehört zweifellos, dass sie mit ihrer Arbeit den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Kinder sichern können.

Jeder Verstoß in jedem Einzelfall ist der Gemeinschaft und insbesondere denen, die Verantwortung in ihr tragen, als Missachtung des von Gott Gebotenen vorzuhalten und mit allen Mitteln politischen, wirtschaftlichen, sozialen und freiwilligen Engagements umgehend zu korrigieren.

Sich in diesem Zusammenhang auf Gott zu berufen, schließt auch die Bereitschaft und den Mut ein, sich gelegentlich als Einzelner

und Einzelne, als gesellschaftliche Gruppierung, als Institution auf höchst ungewöhnliches Vorgehen in der Sache einzulassen.

Die Bibel dokumentiert hier in aller Ausführlichkeit, wie das von Fall zu Fall konkret aussehen kann und mit welchen Konsequenzen möglicherweise zu rechnen ist.

Was Armut für die davon betroffenen Menschen bedeutet, ihre seelische Not, die Ängste, die Sorgen um die eigene Zukunft der Kinder, die Perspektivlosigkeit gerade derjenigen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die emotionale Seite, das bleibt in der Denkschrift draußen vor. Man hat offensichtlich eine bestimmte Vorstellung von Armut, von armen Menschen, die man besser in Zusammenarbeit mit der Diakonie etwas genauer angesehen hätte.

Was Arbeitssuchende in der Regel in Arbeitsagenturen und Jobcentern erleben müssen, wird nicht beschrieben: Lange Wartezeiten, unqualifizierte Mitarbeitende, die sie teilweise demütigen, schlecht beraten, Verweigerung von Weiterbildungen oder Umschulungen, von Leistungen, verspätete Auszahlung von Geldern, usw. . Stattdessen wird das Gesetz erwähnt, ein Berater zuständig für 75 Klienten und damit auch für einen „ganzheitlichen Blick“, dessen Verwirklichung man „so schnell wie möglich und so nachdrücklich wie möglich“ erwartet. Die große Zahl von gewonnenen Einsprüchen, Widersprüchen gegen Entscheidungen der Arbeitsagenturen weisen mehr als deutlich darauf hin, dass hier nur allzu berechtigt Kritik zu üben wäre und eine Überprüfung und Nachbesserung der Sozialgesetze rund um Hartz IV dringend erforderlich ist.

Warum geschieht das ausgerechnet in einer kirchlichen Denkschrift nicht? Nicht einmal dann, wenn die Berechtigung dazu längst erwiesen ist?

Fast überraschend kommt die Kritik am Regelsatz der Sozialhilfe daher. Moderat formuliert ist da immerhin zu lesen: *„so dass sich die Vermutung aufdrängt, ergebnisleitend für das Berechnungsverfahren sei weniger die Ermittlung eines angemessenen Existenzminimums, sondern vielmehr die erwartete Belastung der öffentlichen Haushalte gewesen.“* Nicht nur im Blick auf die bevorstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer ist der Satz nicht ausreichend. Die Wohlfahrtsverbände fordern eine Erhöhung von mindestens 15 Prozent. Was ist mit denen, die keinen Arbeitsplatz mehr finden, die über Jahre mit Transferleistungen leben müssen oder nur Minijobs innehatten, wie wird beispielsweise ihre „Alterssicherung“ aussehen, denn Geld für eigene Vorsorge haben sie nicht mehr. Altersarmut haben wir derzeit nicht, aber wir werden sie wieder haben.

Jugendliche mit mehrfachen Vermittlungshindernissen, langzeitarbeitslose Erwachsene hat die Politik längst aufgegeben. Diese heimliche Akzeptanz ihrer Existenz und gleichzeitiger Ignorierung wird uns eines Tages viel Geld kosten, aber diejenigen, die heute für die Politik verantwortlich sind, sehen ungern weiter nach vorn. Dann sind sie ja nicht mehr verantwortlich.

Die Verlagerung von Betrieben ins Ausland aus Kostengründen ist gerade für Regionen wie Berlin und die neuen Bundesländer eine Katastrophe. Hier verschwinden qualifizierte Arbeitsplätze und eben nicht nur welche für gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen ins

Ausland. Wenn dann in der Denkschrift zu lesen ist: *„Ob Direktinvestitionen im Ausland... und die Auslagerung von Produktionsstätten für die Wirtschaft, für die Sozial- und Umweltstandards und für die in Deutschland arbeitenden Menschen wirklich nachteilig sind, ist keineswegs ausgemacht, sondern bedarf der Klärung.“* dann ist das ein Zeichen für Beißhemmungen gegenüber der Wirtschaft. Die Arroganz der Macht, die beispielsweise die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Samsung in Berlin zu spüren bekamen, macht deutlich, wie notwendig hier deutliche Worte und der Wirtschaft Grenzen aufzuzeigen gewesen wären. In diesem Zusammenhang nicht zu vergessen sind die Massenentlassungen bei der Deutschen Bank, der Telekom, die Selbstbedienung der Aufsichtsräte bei Mannesmann, der merkwürdige Umgang mit Geld bei VW oder Siemens. Der Umgang mit Reichtum, das Thema Steuergerechtigkeit hätten ebenfalls deutlicher positioniert werden können. Wovon in der Denkschrift nicht die Rede ist, ist die emotionale Armut, unter der Kinder besonders in den Familien zu leiden haben, die ‚seit Generationen nur das Leben von staatlichen Transferleistungen‘ kennen. Die Vernachlässigung von Kindern, die Misshandlung von Kindern nehmen in einem Ausmaß zu, dem nur mit personalintensiven Maßnahmen begegnet werden kann.

In dem letzten Abschnitt will die Denkschrift Wege aus der Armut aufzeigen. In ihm zeigt sie u. a. das Dilemma auf, in dem sich die Diakonie mit ihrer Abhängigkeit von staatlichen Mitteln befindet. Das kann u. a. dazu führen, dass Angebote, unterbleibt die Finanzierung, eingestellt werden. Die Kirche reduziert ihre Zuschüsse für ihre Diakonischen Werke immer mehr bei gleichzeitiger Betonung der Wertschätzung ihrer Arbeit. Diese bemühen sich um an-

dere Wege der Einwerbung von Mitteln. Dennoch ist die Kirche hier nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen, wenn sie erfreulicherweise verstanden hat, dass das Thema Armut wichtig ist.

Der Abschnitt, der sich mit den Kirchengemeinden befasst, weist einige Peinlichkeiten auf, die besonders deutlich machen, dass Erfahrungen mit der Realität der Situation von Armen fehlen. Da heißt es: *„Entscheidend ist es, dass Kirchengemeinden Möglichkeiten der Aktivierung Armer entwickeln und in der Lage sind, nicht die Schwächen von Armen zu kompensieren, sondern an deren Stärken anzuknüpfen. Diese Stärken bestehen z. B. in der Spontaneität, der Fähigkeit zu überleben, im Humor und in durchaus lustbetonten Gemeinschaftsformen.“*

III Was wir brauchen

Wir brauchen ein offensives Konzept zur Verhinderung von Armut und zu ihrer Beseitigung. Stichworte dafür sind u. a. Bildung, Mindestlohn, Kombilohn, Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im sozialen und ökologischen Bereich (Passiv-Aktiv-Modell der Diakonie), ein ausgebautes Gesundheitsvorsorgenetz für Kinder, ein ausreichendes Angebot von Beratungsangeboten einschließlich Schuldnerberatung. Das kann durchaus ja auch durch bürgerschaftliches Engagement gestützt werden.

Vor allem brauchen wir eine Kirche, die nicht wegschaut, sich eindeutig in der Armutsthematik positioniert und gleichzeitig im Zusammenwirken von Diakonie und Gemeinden ein Netz unterstützender Angebote schafft.